

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

Nr. 66

Donnerstag, den 20. März

1919.

Die deutsche Ostgrenze.

Die Kommission der Pariser Entente-Konferenz, die sich mit der Regelung der territorialen Fragen zu befassen hat, ist mit ihren Arbeiten, wie es scheint, sehr rasch vorwärtsgeschritten. Ueber die deutsche Westgrenze scheint man sich nicht völlig einig zu sein. Dagegen behauptet der „Tempo“, wie vor ihm schon „Daily Mail“ und andere Ententeblätter berichtet hatten, daß die Kommission mit der Festlegung der deutschen Ostgrenze bis auf einige Streitfragen in der Hauptsache fertig sei. Ihr Bericht scheint vorzuliegen, und „Tempo“ weiß daraus mitzuteilen, daß die vorgeschlagene Linie für die Westgrenze des Polenstaates an der Ostsee in der Nähe von Puck beginnt, daß sie einen kleinen pommerschen Gebietsstreifen um angeblich polnischer Bevölkerung einschließt, die Kreise Bätow (zu Pommern gehörig), Schlochau und Deutsch-Krone bei Deutschland lasse, dagegen Königs und Schneidemühl zu Polen gehe. Die Kreise Schwedt und Westerst werden bei Deutschland bleiben, nicht aber Birnbaum, Lissa und Krotoschia. Ueber die Kreise Groß Warsenburg und Ramslau in Westpreußen bestanden noch Zweifel, dagegen solle ganz Oberschlesien mit der Eisenbahn Ratibor-Oberberg zu Polen kommen. Das sind angeblich die Ergebnisse der Kommissionsberatungen. Ob die Konferenz in ihrer Vollziehung sich diesen Vorschlägen anschließt, ist damit nicht gesagt, aber daß die Stimmung der Konferenz auf weitgehende Erfüllung der Wünsche des polnischen Erzherrn hinzieht, ist in letzter Zeit verschiedentlich in Ententeblättern mitgeteilt worden, so u. a. in einem Pariser Artikel des „Times“ von Frank G. Simonds, der sich angeblich auf amerikanische Ansichten stütze. Darin war ausgeführt, die Konferenz erkenne mehr und mehr die Notwendigkeit an, einen starken und dauerhaften polnischen Staat zu schaffen, und daß die endgültige Entscheidung dahin ausfallen werde, dem neuen Polen Danzig mit den wesentlichen Gebieten Ost- und Westpreußens zu geben und einen Polenstaat von 30 Millionen Bewohnern zu schaffen.

Man kann also sicher annehmen, daß weder Herr Simonds noch die Gewehrsmänner des „Tempo“ und der „Daily Mail“ über die politischen und ethnographischen Grenzen im Osten besser unterrichtet sind als Herr Marcel Hüffer, der den ihm unangenehmen deutschen Charakter der Stadt Danzig damit erklärt, daß die Preußen die Polen aus der Stadt vertrieben hätten. Wenn nämlich die Mitteilung des „Tempo“ richtig wäre, dann käme nur eine Westgrenze Polens gegen deutsches Gebiet in Betracht, eine Grenze nach Osten gäbe es nicht, und Ostpreußen verschwände einfach hinter dieser Grenze. Deutschland hätte im wesentlichen an der Abgabe von Brandenburg und Pommern auf und die 2 Millionen Ostpreußen, von denen 1,7 Millionen Deutsche sind, und die niemals dem weißen Adler gehorcht haben, würden samt Westpreußen, Polen und Oberschlesien der polnischen Republik zufallen. Der Gewehrsmann der „Times“ behauptet das zwar auch, aber wir halten einen solchen Wahnsinn einstweilen doch für ausgeschlossen, wenn wir auch zugeben, daß eine Koartierung Ostpreußens durch ein polnisches Westpreußen, die sein Außeracht lassen den Zustand vor 1772 wiederherstellen würde, eine nicht viel geringere Vergewaltigung wäre. Aber die „Times“ begreift die Zahl der an Polen abzutretenden Bewohner auf 5 bis 6 Millionen. Wie Ostpreußen dabei mitgerechnet, so müßten es etwa 8 Millionen sein. Es handelt sich also aller Wahrscheinlichkeit nach darum, daß sich die Gewehrsmänner der Ententeblätter in einigem Punkte über jene Gebiete befinden.

Wenn nun aber die übrigen Angaben zutreffen, so darf man sich in Paris darüber nicht im Unklaren sein, daß eine so grausige Verfümmelung Deutschlands an seiner Ostgrenze nicht den Bestand eines Friedens bilden darf, den irgend ein Deutscher auch nur einen Tag lang als Recht anerkennen kann. Mit den Friedensbedingungen Wilsons, in denen ausgesprochen war, daß die Gebiete „mit ungewisser polnischer Bevölkerung“ dem polnischen Staat wiederzugeben werden sollen, besteht in solchen Grenzfestsetzungen auch keine entfernte Behaltlichkeit mehr. Es sollen 5 bis 6 Millionen Menschen unserer Ostprovinzen zu Polen kommen. In ähnlicher oder deutscher Ostprovinzen wohnten aber 1910 nur 3 Millionen Polen. Es ist also klar, daß man etwa ebensoviel Deutsche wie Polen dem Königreich Polen ausliefern und unter eine Fremdherrschaft bringen will, deren Charakter sich aus dem letzten Auftreten der Polen zur Genüge ergibt. Was an Einzelheiten angeführt wird, zeigt, daß es der Kommission der Entente in keiner Weise darauf angekommen sein kann,

nach den wirklichen Bevölkerungsverhältnissen die Grenzen zu ziehen, sondern einfach zwischen Deutschland und dem neuen Polen ewige Feindschaft zu stiften und die Polen in ewiger Abhängigkeit von der Entente zu halten. Ueber Danzig ist in diesen Angaben nichts enthalten. Das muß auffallen, da doch gerade der Name dieser Stadt wie ein Kampfschrei dieses und jenseits der Grenze erklingt. Ob man aus dem Schweigen darüber ohne weiteres schließen muß, daß Danzig in Zukunft zum Polenstaat gehören wird, ist uns zweifelhaft, aber wie möchten diese Ungewißheit auch keineswegs zu unserer Gunsten deuten. Daß Danzig und seine Umgebung so gut wie rein deutsch sind, daß Westpreußen überhaupt unter 1,7 Millionen Bewohnern noch nicht einmal eine halbe Million Polen zählt, das kann der Entente-Kommission, wenn sie wirklich die Sache „geprüft“ hat, nicht verborgen geblieben sein. Ebenfalls kann sie darüber im Unklaren sein, daß in Schneidemühl, das zu Polen kommen soll, unter 26000 Bewohnern mehr als 25000 Deutsche, in Birnbaum unter 5000 Einwohnern mehr als 4000 Deutsche, in Lissa unter 17000 Bewohnern etwa 15000 Deutsche leben. Trotzdem sollen alle diese Städte (vielleicht auch Bromberg, Thorn, Graudenz und Elbing?) zu Polen kommen. So man überlegt sogar, ob man die Kreise Ramslau und Groß Warsenburg in Westschlesien dem Königreich Polen geben soll, in denen unter 80000 Bewohnern noch nicht 10000 Polen leben! Ueberdies soll ganz Oberschlesien an Polen fallen, das seit 700 Jahren nicht mehr zu ihm gehört hat und dessen industrieller Reichtum ganz wesentlich eine Schöpfung deutscher Ingenieure und Arbeiter ist.

Es mag sein, daß die Mitteilungen der Entente-Pressen ungefähr die Meinung der von den polnischen Vertretern benutzten irreführenden Kommission sind, und daß Frankreichs Regierung darauf aus ist, Deutschland im Osten einen nimmer ruhenden Feind in die Flanke zu legen, wie man auch. Nimmt die Konferenz solche Vorschläge an und läßt sie sich nicht später durch Deutschlands Vertreter bewegen, gerechtere und billigere Bedingungen zu stellen, so wird es einen wirklichen Frieden im Osten nicht geben. Ein Polenstaat, der 30 Millionen Bewohner umfaßt, während die Zahl der auf der ganzen Erde lebenden Polen etwa 15 bis 18 Millionen beträgt, wird wie der tschechische so viele fremdnationale Elemente einschließen, daß er mit den künstlichen Gedulden Metternichscher Prägung aus dem Wiener Kongreß eine soziale Behaltlichkeit hat. Er mag halten, solange die Entente in der Lage ist, seinen Bestand zu erzwängen. Aber die Ostsee, auf der er steht, ist so schmal, daß die Leiter Polens selbst sich für dieses Dauergericht bedanken müßten. Sie tun es nicht, sondern tun vielmehr alles, um das Schicksal zu Deutschland unrettbar zu gestalten. Man glaube aber doch in Warschau und Paris nicht, daß Deutschland die Marienburg, Danzig, Thorn und Elbing hergeben könnte, ohne das als eine brennende und unvergeßbare nationale Schmach zu empfinden. Es mag schwer sein, die Grenzen zwischen Polen und Deutschen gerecht festzusetzen, und jede Lösung wird Klagen auf beiden Seiten bringen. Aber wenigstens den Willen zu einer redlichen Lösung möchte die Entente aufbringen, wenn sie einen wahrhaften und dauerhaften Frieden aufzurichten dächte. (S. 3.)

Die Frage der westdeutschen Republik.

Zur Frage der westdeutschen Republik haben inzwischen auch westdeutsche Blätter Stellung genommen. Einer der Mitorganisatoren der Kölner Bewegung, Prof. Dr. Stier-Somlo (Köln) hat der „Kölnischen Zeitung“ eine längere Erklärung gesandt, in der er namentlich die Mitteilung der sozialistischen „Kölnischen Zeitung“ abzustellen sucht, wonach bereits am 7. März „in aller Stille“ mit den Alliierten zur Erreichung einer Volksabstimmung in Verbindung getreten worden sei, obwohl die fragliche Kölner Versammlung erst am 10. März stattgefunden hat. Die „Kölnische Zeitung“ stellt aus den Mitteilungen des Prof. Dr. Stier-Somlo unter anderem folgendes fest:

Der Staatsanwalt Dr. Dosten in Wiesbaden ist beauftragt worden, vor dem 8. März den Alliierten von der am 10. März der Kölner Versammlung vorgelegten Erklärung Kenntnis zu geben. Wer den Auftrag gegeben hat, wird nicht mitgeteilt; wir nehmen an, daß Herr Professor Stier-Somlo damit einverstanden war, da er diese Maßnahme offenbar für richtig hält und, soweit uns bekannt geworden ist, in der unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehaltenen Versammlung am 10. März — die „Kölnische Zeitung“

wenigstens war nicht dazu geladen — mit keinem Wort gegen das Verfahren Einspruch erhoben hat. Wir können uns daher der Auffassung des Einsenders, daß die von uns der „Kölnischen Zeitung“ entnommene Bemerkung, jener Sonderauschuß sei bereits am 7. März in aller Stille mit den Alliierten zur Erreichung dieser Abstimmung in Verbindung getreten, vollkommen unwarhaft, nicht anschließen. Inhaltlich scheint uns diese Bemerkung auch nach der Darstellung des Einsenders noch zuzutreffen; ob der Sonderauschuß den Alliierten die Mitteilung vor oder nach dem Eintritt Stier-Somlos gemacht hat, ist ebenso ohne Belang wie die Frage, wer den Auftrag ausgeführt hat und ob er ausgeführt worden ist. Auf die Ablichtung kommt es an.

Ferner nimmt in einer Zuschrift an die „Kölnische Zeitung“ Prof. Moldenhauer das Wort und macht auf die eigentümliche Art des Vorgehens aufmerksam. Eine bestimmte Gruppe fasse ohne vorherige Mitteilung an die Regierung, an die Nationalversammlung eine Entschlüsselung und sende sie den Alliierten. Prof. Moldenhauer sagt, die Heimlichkeit und Pöbellichkeit dieses Verfahrens müsse flugig werden.

Sehe man jähzornig zu, so umfasse die geplante Gründung zunächst das besetzte Gebiet, von dem Pöbel abgesehen. Denn es sei zu bezweifeln, ob das rechte Rheingebiet so ohne weiteres mit dem Plan einverstanden sei, und damit werde die Rheinprovinz auseinandergerissen und ihr Schicksal vom Westfalen getrennt, das Schlimmste aber sei, vom Verband die Zulassung einer Volksabstimmung im Rheinland zu erbitten.

Die „Kölnische-Westfälische Zeitung“ sagt treffend kurz und bündig: „Es bleibe dabei: Die Kölner Bewegung will uns den Rhein rauben. Wer dieses gut heißt, der gehe hin und stimme für die Kölner Erklärung.“

Schließlich verzeichnen wir noch eine Äußerung des „Düsseldorfer Tageblatts“, wonach Ebert und Scheidemann als die einzigen sozialistischen Mitglieder des Reichskabinetts für die selbständige rheinisch-westfälische Republik im Namen des Reiches einzutreten gesonnen seien, und zwar aus dem Grunde, weil ein Preußen mit dem Rheinland ein zu starkes Gewicht gegenüber den anderen Einzelstaaten habe.

Wir lassen die Richtigkeit der Angabe dahingestellt, meinen allerdings, daß in Scheidemanns kürzlicher Rede bereits ein gewisses Zugeständnis lag, als er sagte, eine endgültige Lösung der rheinischen Frage könne erst nach Friedensschluß und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen. Daraus konnten Bestimmungen ersehen, daß man bereit sei, mit den Rheinlanden zu verhandeln. Die Begründung zudem, Preußen mit dem Rheinland wäre ein zu starkes Gewicht gegenüber den anderen Einzelstaaten, läge im Scheidemannschen Gedankenkreis des dauernden Nachgebens, wenn natürlich auch schließlich der Standpunkt völlig verfehlt und unzulässig ist.

Der verfassungsgebenden preussischen Landesversammlung ist folgender förmlicher Antrag der Abgeordneten Dr. Friedberg und Gevoßen (Demokraten) zugegangen:

Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um den u. termählenden Bestrebungen erfolgreich entgegenzutreten, die auf die Loslösung der Rheinlande von Preußen hingen.

Tagebucnigkeiten.

Warum der Kaiser nach Holland ging.

Ein Brief Hindenburgs.

Berlin, 18. März. W. B. Aus dem Großen Hauptquartier in Kolberg erhält das W. B. folgende Mitteilung: Kolberg, 17. März 1919: Warum der Kaiser nach Holland ging? Die öffentliche Meinung hat sich in letzter Zeit wieder mehr mit der Frage, warum der Kaiser nach Holland ging, beschäftigt. Um einer solchen Beurteilung vorzubeugen, bemerke ich zur Sache kurz folgendes:

Als der Reichskanzler Prinz Max von Baden am 9. Nov. 1918 die Abdankung S. M. des Kaisers und Königs ohne dessen vorherige Einverständnis erklärt hatte, war das deutsche Volk nicht geschlagen; aber seine Kräfte schwanden dahin, während der Feind große Massen zu weiteren Angriffen bereitstellte. Der Abschluß des Waffenstillstandes stand unmittelbar bevor. In diesem Augenblick höchster militärischer Spannung brach in Deutschland die Revolution aus. Die Aufständischen bemächtigten sich im



Rücken des Heeres der Rheinbrücken, wichtiger Magazine und Verkehrspunkte. Ferner wurde die Zuführung von Munition und Verpflegung gefährdet, während die Bestände der Truppen nur noch für wenige Tage ausreichten. Die Besatzung und Besatzgruppen lösten sich auf. Auch über die Zuverlässigkeit der einzelnen Feldherren liefen ungünstige Meldungen ein.

Anfangs dieser Lage war eine friedliche Rückkehr des Kaisers in der Heimat nicht mehr denkbar. Sie konnte nur noch an der Spitze treuer Truppen erzwungen werden. Der Zusammenbruch Deutschlands war dann unvermeidlich; hätte sich doch zum Angriff mit dem zweifellos nachdringenden äußeren Feinde der Bürgerkrieg gestellt. Der Kaiser konnte sich ferner zur schreitenden Truppe begeben, um an deren Spitze in einem letzten Angriff den Tod zu suchen. Auch dadurch wäre der vom Volke heiß ersehnte Waffenstillstand hinausgeschoben worden. — Der Kaiser konnte endlich ins Ausland gehen. Er wählte diesen Weg im Einverständnis mit seinen Ratgebern nach unendlich schweren seelischen Kämpfen, lediglich in der Hoffnung, dadurch dem Vaterlande die Träne zu wahren, Deutschland weitere Verluste, Not und Elend zu ersparen und ihm Frieden, Ruhe und Ordnung zurückzugeben.

Dass der Kaiser sich in diesem Glauben getraut hat, ist nicht die Schuld seiner Majestät.

gez.: von Hindenburg.

Spartakus.

Berlin. In einem neuen Flugblatt erklärt der Spartakusbund, der letzte Generalstreik habe zu einer Befreiung der politischen Macht noch nicht führen können. Der Zeitpunkt der Machtergreifung durch das Proletariat sei dann gekommen, wenn nicht Berlin, Leipzig, Köln, Westfalen oder Bremen abwechselnd oder nacheinander streiken, sondern wenn der Generalstreik über ganz Deutschland gekommen sei. Diesem Ziel sei Spartakus in den letzten Kämpfen um Weiden näher gerückt.

Die Jaria noch am Leben?

Wien, 15. März. (Meldung des „Holländisch Neuwieders“.) Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Bern meldet, hat der aus Petersburg zurückgekehrte schweizerische Gesandte mitgeteilt, daß die Jaria, deren Töchter und der Jarewitsch noch am Leben sind.

Verräterische Soldatenräte.

Ribau, 15. März. Wie „Petragradskaja Prawda“ meldet, hat Trozki vor kurzem eine Rede über die Erfolge der roten Armee an der Westfront gehalten, in der er u. a. folgendes äußerte:

Seit Beginn der deutschen Revolution ist die Westfront entstanden, an der das Vordringen unserer Truppen sehr schnell erfolgte, zum Teil dank den kriegsrevolutionären und kriegsdiplomatischen Verhandlungen mit den deutschen Soldatenräten.

Die Lage in Schlesien.

Berlin, 18. März. Die B. Z. meldet: Die preussische Regierung hat sich gestern mit der kritischen Bewegung an der schlesischen Grenze beschäftigt. Nach zuverlässigen Nachrichten haben nicht nur die Tschecho-Slowaken in Sterkrade gegen Blag zusammengezogen, sondern auch die Polen über 30 000 Mann zum Einmarsch nach Oberschlesien versammelt haben. Man hat Kenntnis davon, daß zwischen Polen und Tschecho-Slowaken Verhandlungen getroffen worden sind. Die beiden Regierungen haben in Paris sondieren lassen, wie ein militärisches Vorgehen in

Oberschlesien von der Entente beurteilt werden würde. Aus Paris wurde damals geantwortet, zu einem Einmarsch in Oberschlesien bedürfe es eines Vorwandes. Ein solcher wäre etwa schon durch das Anwachsen der kommunistischen Bewegung gegeben. Diesen Wink hat man in Prag und Warschau gut verstanden. Die kommunistischen Unruhen in Oberschlesien sind nur auf polnische und tschecho-slowakische Antriebe zurückzuführen. Die rechtzeitige Verhängung des Bagerungsstandes hat den von den Kommunisten hervorgerufenen Streik zum Scheitern gebracht. Von polnischer Seite wird aber früher wieder Skrupelos geübt und alles versucht, um den deutschen Grenzschutz in Schlesien zu korrumpieren.

Die Vorgänge im Osten.

Berlin, 18. März. W. B. Weitere feindliche Patrouillentätigkeit an der polnisch-ober-schlesischen Front. — An der polnischen Front wurde Friedendorf nördlich Schlawe vorübergehend von den Polen besetzt. Die feindliche Artillerie schloß 52 Schuß gegen Benisken und gegen Strele; wie waren schließlich gezwungen, das Feuer gegen die polnische Batterie mit 10 Schuß zu erwidern. Westlich Rakel beschossen die Polen einen Güterzug mit Maschinengewehrfeuer und oerwundeten den Zugführer. In der Gegend von Rakel und Marqonia feindliche Vorstöße. Bei Groß-Reudorf feindliche Artilleriefeuer, das wir schließlich auch hier erwidern mußten. Bei Postitz östlich von Rakel kam es durch das Vorgehen der Polen zu einem Gefecht, wobei der Gegner Verluste erlitt; auch wir hatten 2 Tote und 4 Verwundete. In der Nacht zum 16. März versuchte der Pole vergeblich, die Kanalbrücke bei Murowenegh (?) zu übersteuern.

Im Baltikum folgten wir dem weidenden Gegner im Raume von Schaulen und gegen Ludum. Vorgehen mußten wir in der Mitte eine vorgeschobene Abteilung vor einem umfassenden feindlichen Angriff planmäßig zurücknehmen, um unnötige Verluste zu vermeiden.

Stockholm, 18. März. Der aus Libau und Lettland zurückgekehrte schwedische Oberleutnant Edlund berichtet, daß angesichts der scharfen Gegensätze zwischen der radikal-lettischen Regierung und ihren inneren Widersachern, sowie zwischen der Regierung und den deutschen Behörden in Libau, und angesichts der Einmischung der englischen Missionen die politische Lage durchaus verwickelt sei. Von der Entsendung schwedischer Freiwilliger sei bestimmt abzuraten. Die bolschewistische Gefahr sei zweifellos groß.

Libau, 18. März. Nach einem Moskauer Funkpruch wurde Cherson von den Truppen des Kosakenführers Grogoren besetzt. Die Ententetruppen haben nach schweren Kämpfen die Stadt verlassen.

Die Versorgung Deutschlands.

Amsterdam, 18. März. W. B. Einer Reutermitteilung aus Paris zufolge sind im Hinblick auf die Lieferung der ersten 270 000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland von verschiedenen alliierten Regierungen als sofort lieferbar angegeben: von der belgischen Regierung 30 000 t Speck, 10 000 t kondensierte Milch, 20 000 t Pflanzenöl, 2000 t Margarine, 2000 t Brotersatz, 35 000 t Reis, 50 000 t Bohnen, 15 000 t Hafermehl, 10 000 t Gersten- und Roggenmehl; von der französischen Regierung: Kobalt, Maniokmehl, 50 000 t Palmkerne, die schätzungsweise 5000 t Palmöl enthalten; von den Vorräten der amerikanischen Kerngesellschaft in Europa: 40 000 t Weizenmehl, 20 000 t andere Mehlsorten, 30 000 t Roggen.

Die neuen Steuern.

Berlin, 18. März. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die Vorbereitung der neuen Steuern des Reiches

ist nun soweit gefördert, daß damit begonnen werden kann, die einzelnen Entwürfe je nach ihrer Fertigstellung dem Staatenausschuß zu überweisen, damit sie möglichst schnell von ihm an die Nationalversammlung gelangen. Das ist nun um so mehr erfindenswert als es dringend erwünscht erscheint, auch in finanzieller Hinsicht die Kriegswirtschaft abzubauen und aus dem Schneeballszustand des überaus stark angespannten Kredits zu einer energischen Abkürzung der Reichsschulden und damit zur Verteilung der Steuerlasten überzugehen. Zunächst werden dem Staatenausschuß die Entwürfe einer Kriegsabgabe für 1919 einer Vermögenszuwachssteuer, einer Kapitalertragsteuer, einer Grundbesitzabgabe einer Vergütungssteuer, einer Tabaksteuer und einer Fahrkartensteuer zugehen. Ihnen wird u. a. ein Entwurf einer Erbschaftsteuer in kurzem hinzutreten. Weitere Gegenentwürfe werden allmählich folgen und das große Werk soll durch die große Vermögensabgabe gekrönt werden. Ueber die Verteilung der steuerlichen Lasten ist, wenn man nach dem voraussetzlichen Ertrag der einzelnen Steuern urteilt, zu sagen, daß sie ganz überwiegend direkte Steuern sein wird, während die indirekten Ausgaben nur eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen werden. Das entspricht den vom Minister Schiffer in seiner bekannten Rede in der Handelskammer vertretenen Plänen, denen sich die damalige provisorische Regierung in ihrer Berufsversammlung vom 31. 12. 18. angeschlossen hat.

Gärung in Ägypten.

Kairo, 18. März. Wie die „Times“ mitteilen, ist der ägyptische Premierminister Ruffi Pascha und dem gesamten Kabinett zurückgetreten. Gleichzeitig bringt das Blatt die Meldung, daß 4 ägyptische Nationalistenführer, unter diesen Zaghal Pascha und Sidy Pascha, die beide ehemalige Minister sind, auf Befehl der britischen Militärbehörden nach Malta deportiert worden sind. Zaghal Pascha ist Vizepräsident der gesetzgebenden Versammlung. Beide Exminister stehen offen in Verbindung mit Ruffi Pascha, der seit April 1914 ägyptischer Ministerpräsident war, hatte nach Aufbruch des Woffensstillstandes um die Erlaubnis gebittet, mit seinen Kollegen zusammen London besuchen zu dürfen, um der britischen Regierung die Wünsche Ägyptens vorlegen zu können. Dieser Vorplan erlitt eine zwar höfliche, aber hinhaltende Behandlung. Ruffi Pascha hatte deshalb dem Sultan schon am 4. Dezember seine Verabschiedung eingereicht und ist dann nur auf das Versprechen hin, daß er im März in London empfangen werden könnte, im Amte geblieben. Ruffi Pascha erneuerte sein Abschiedsgesuch am 23. September anlässlich der Wigerung der britischen Regierung, einigen nationalistischen Abgeordneten der gesetzgebenden Versammlung eine Reise nach London zur Darlegung ihrer auf die Autonomie Ägyptens gerichteten Wünsche zu gestatten. Sein Abschiedsgesuch ist dann bis zur Gegenwart in der Schwebe geblieben. Ueber die Nachfolge Ruffi Paschas fehlen noch nähere Angaben.

Kairo, 16. März. Reuter meldet aus Kairo: Bei Volkskundgebungen vor dem Regierungsgebäude wurden 400 Personen verhaftet. Die Truppen stritten mit wenigen Opfern die Ordnung wieder her.

Zu diesem Reutertelegramm ist zu bemerken, daß seit einiger Zeit zwischen der gesetzgebenden Versammlung in Kairo und der Militärbehörde Zwistigkeiten bestehen. Am 6. März teilte General Watson dem Vizepräsidenten der gesetzgebenden Versammlung mit, daß er Obstruktion in der Versammlung nicht länger dulden werde. Am 8. März wurde eine Anzahl nationalistischer Führer nach Malta deportiert. Die Nationalisten fordern die Autonomie Ägyptens.

Bei seinem Tode habe ich ihm folgende Verse gewidmet:

Sebastian Steinwandel.

Ein Blatt in seinem Blatte Sah ihm ums Haupt gelehrt, Doch Geist und Seele einstens Das Blatt so fest bewegt.	Und hat er seine Rede Mit Kraft und Geist getan; „Verhanden!“ zur Bekräftigung So lag er abdann.
Aus fernem Jugendtagen Kam ich sein Bild mir dar'n: Da war am Mund ein Lächeln, Aus Aug ein Blick zu schau'n.	Und seines Blattes Förderung Hat er mit Fleiß beachtet Und so sein Blatt gar redlich Gesellschaftlich gemacht.
Und in der Männer Rede Flog ihm das Wort so gut, Der Witz und die Satire, Sie lagern ihm im Blut.	So hat er sich sein Rogold Erobert durch sein Wort Und sein Gedächtnis möge Im Segen leben fort.

Obere Kirche.

Heiliger Remigius, Du gabst mir die Weihe; Nimm von Deinem Kind den Gruß Und das Wort der Treue.	Freilich, als noch Nonnen hier Ihre Sehnsucht stillten, Als die Säbber täglich schier Reine Hallen füllten.
Eichenhundert Jahre halt Du mich schon getragen, Ob die schwere Ferkelst Mich auch fast geschlagen.	Was von allen Winden her Fremde zu mir wollten Und die Wände — nun so leer — Lieder wiederhallen!
Immer hast Du Herz und Hand In der Stadt gerührt Und mir Hilfe zugesandt Und mich neu gelehrt.	Du hat noch mein Licht gesammelt Auf dem heiligen Boden, Aber jetzt gilt mein Amt Nur noch hier den Toten.

Obere Kirche.

Heiliger Remigius, Du gabst mir die Weihe; Nimm von Deinem Kind den Gruß Und das Wort der Treue.	Freilich, als noch Nonnen hier Ihre Sehnsucht stillten, Als die Säbber täglich schier Reine Hallen füllten.
Eichenhundert Jahre halt Du mich schon getragen, Ob die schwere Ferkelst Mich auch fast geschlagen.	Was von allen Winden her Fremde zu mir wollten Und die Wände — nun so leer — Lieder wiederhallen!
Immer hast Du Herz und Hand In der Stadt gerührt Und mir Hilfe zugesandt Und mich neu gelehrt.	Du hat noch mein Licht gesammelt Auf dem heiligen Boden, Aber jetzt gilt mein Amt Nur noch hier den Toten.

Eine stille Christeng'meind
Ist mir gubehelben,
Und ich bin ihr Schutz und Freund,
Hilfend ihren Frieden.

„Einzelbilder aus Nagolds früherer Zeit.“

Von G. H. Ridger.

Sebastian Steinwandel.

Mit dem Namen und der Geschichte des Nagolder Amts- und Intelligenzblattes, das den schönen und sinnigen Namen „Der Geschichtler“ an seiner Stirne trägt, hängt der Name „Steinwandel“ aufs engste zusammen. Und wer weiß, ob diese Tageszeitung ohne ihn das geworden wäre, was sie jetzt ist? Als das Blatt noch in seinen Anfängen stand — in den Sechziger- bis zu den hohen Neunzigerjahren — war er die treibende, führende Kraft, die Seele desselben. Er hat ihm seine Nahrung zugeführt, wie sie die Verhältnisse der Stadt erheischten, und er hat dieselben gekannt und zu berücksichtigen verstanden.

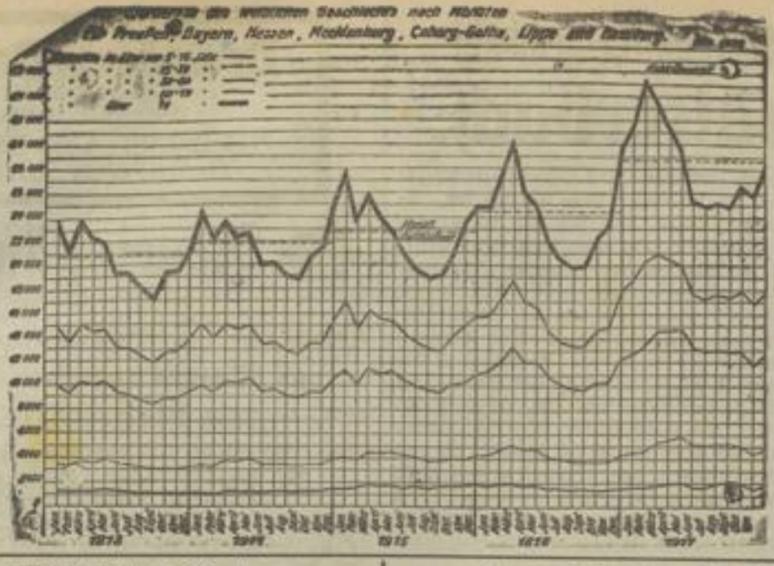
Ja, verstanden hat er etwas vom Leben, und nicht umsonst war „verstanden?“ sein Schlag und Bekräftigungswort bei allen seinen Gesprächen, mit dem er das Verstehen und Verständnis seines Gegenüber prüfen wollte, das Amen, mit dem er die zusammengehörige Reihe von Gedanken abschloß.

Größt, akademisch gebildet war er nicht, wie die Schriftsteller großer Tageszeitungen. Aber praktisch war er und von klarem Geiste, schneller Auffassungskraft, bewundernswürdiger Schärfe und Gewandtheit in der Rede, auch führte er eine gute Feder und verband mit all diesen Gaben des Geistes einen eisernen Fleiß und eine feste Treue gegen seine Freunde und eine ruhende Anhänglichkeit zu dem Hause Kaiser, von dem die geistige

Erregung des Geschichtlers täglich in Stadt und Bezirk ausging.

Neuherlich hatte ihn die Natur ziemlich vernachlässigt. Seine Gestalt war unter der Mittelgröße und sein Gang durch ein gebogenes Bein etwas hinkend und schmerzhaft. Aber sein Auge war klar und hell, ab und zu fast heimlich zwinkernd und in gehobener Stimmung Geist und Witz sprühend. Auch mit irdischen Dingen war er nicht gesegnet, und er blieb sein Lebenlang in schlichten Verhältnissen und stand mit seiner ziemlich zahlreich und oft von Reichtum heimgeführten Familie immer im Kampf des bittren Lebens, ohne sich von ihm unterdrücken zu lassen. Immer hielt er den Kopf oben und wußte dem Leben noch Lichtseiten abzugewinnen, wo andere nur Schatten und Nacht sehen und den Hisspflanzeln entnahm er noch Honig. Eine besondere Kraft seines Lebens schöpfte er aus seiner mächtigen Vaterlandsliebe. Er gehörte in seinen Tagen zu den wenigen Bismarckverehrn des Landes, die, mit scharfem Blick in diesem eisernen Willens- und Selbstmenschen den Retter Deutschlands voraussahen. Und er wachte aus dieser seiner Bismarckliebe kein Hehl und hatte um ihre willen manchen Strauß ausgekostet.

In religiösen Dingen war er äußerst tolerant und weitherzig; er war Katholik und schloß sich als solcher weder der evangelischen noch der katholischen Kirche an. Er war aber auch ein Mann von selbständigem Urteil und eigenem Standpunkt und eben darum zum Leiter einer Zeitung und damit zum Führer eines gewissen Kreises von Menschen wie geschaffen und geboren. Ich selbst danke ihm für manchen Wink, den er mir in freimütigem Wort bei manchen ersten öffentlichen Arbeiten gegeben hat.



Von Württemberg's Heer.

Die Annahme des Gesetzes über die Schaffung einer vorläufigen Reichswehr, die ja als Vorstufe in dem dann auf neuer Grundlage aufzubauenden „Bolscheres“ angesehen werden muß, legt wohl auch einen kurzen Scheidegruß an unsere alte Armee in Form eines kurzen Rückblicks auf deren Entstehung und Entwicklung nahe; waren doch diese Armeen und ihre Tugendete mit dem Lende und seinen Städten ebenso eng verflochten, wie das Leben des Staatsbürgers umgeben für Jahre und Jahrzehnte mit einem Standort oder dessen Garnison.

Die Ursprünge des württembergischen Heeres liegen im alten Herzogtum Württemberg des 16. Jahrhunderts, wo auch der Schwabenkrieg im Reichsheer durch ein bestimmtes Kontingent vertreten war; auf Grund der sog. „Reichsrekonzensionsordnung“ (1555). 1681 beschloß dann ein Reichstag zu Regensburg die Schaffung eines „stehenden Heeres“, das auf die eingetragenen Kreise verteilt wurde und im Reichskrieg gegen Frankreich (1689) in Schwaben 10—12000 Mann stark war; 1694 beschloßen der schwäbische und schwaebische Kreis die Beibehaltung eines stehenden Heeres (8000 bzw. 4000 Mann) auch für Friedenszeiten. Ein Jahrhundert später (1793) ging wegen der „Kabinetskriege“ und unter dem Eindruck der Loss an massa das Land Württemberg sodann zur Entlassung und Entbindung der Landmiliz über, um diese Truppen 1806/07, nachdem Württemberg Königreich geworden war, gegen Preußen, 1809 gegen Oesterreich, 1812 gegen Rußland und 1813 gegen Preußen, Rußland und Oesterreich zu verwenden; rund 12000 Mann, die das Land nach den Rheinbundverträgen für den Kriegsfall bereit zu halten hatte. Mit 1816, unter König Wilhelm I., und nach Beendigung der Freiheitskriege, kam sodann die Neuordnung, die bis zur Stunde die Grundlage für Württemberg's Heerwesen bildet: es wurden erst 8 Regimenter Infanterie, 4 Regimenter Kavallerie, 1 Artillerieregiment und 1 Trainkompanie nebst einer Sappeurkompanie. Die Folgezeit brachte einige Umänderungen, die indessen nicht von Belang waren; denn in dem Krieg von 1866 gegen Preußen als „k. württ. Felddivision“ in Stärke von 15 Bataillonen, 12 Schwadronen, 6 Batterien u. 2 Pionierkompanien. Eine — für damalige Verhältnisse — ganz stattliche Macht die sich auch nicht erheblich vergrößerte durch die nach jenem Kriege u. nach heftigsten Parteikämpfen eingeführte allgemeine Wehrpflicht. Im November 1870 wurde zu Versailles dann die erste Militärkonvention geschlossen, durch die ein geschlossenes (13) Armeekorps gebildet wurde; eine Neuorganisation, die bis 1874 durchgeführt war einschließlich der Einführung des Rekrutengewehrs M/71, des Feldgeschützes C/75 und der Regelung der Verhältnisse bezüglich der Befestigung von Lin. Bis 1891 hatte sich dann das Kontingent vergrößert auf 8 Regimenter (zu 3 Bataillonen) Infanterie, 4 Regimenter (zu 5 Eskadrons) Kavallerie, 2 Regimenter (mit 9 bzw. 11 Batterien) Artillerie, je ein Fuhrartillerie-, Pionier- und Trainbataillon, 1 Eisenbahnkompanie und (für Ersatz- und Kontraktwesen) 17 Landwehrbezirkskommandos, sowie ein außerhalb des Korpsverbandes stehendes Regiment für Strafbataillone. Die etatsmäßige Stärke des Heeres war damals 975 Offiziere, 27777 Unteroffiziere und Mannschaften und 4058 Pferde. 1893 brachte dann die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, sowie einige Umänderungen (Bildung der Regimenter 127 und 180) und die bekannte Verbandsaufstellung. 1895 die Ausrüstung des etwa 35 qkm großen Übungsplatzes Müstingen, 1898 die Gründung des Remontedepots Breislingen auf 130 ha großem Gelände, 1900 die Sekundarspangen für Fahnen und Standarten, 1901 eine neue Militärstrafgerichtsordnung, 1908 das Kohlenlaufgeschloß, 1911 die Maschinen-gewehrkompanien, 1913 erfolgte dann die Heeresverteilung mit den dritten Bataillonen und Neuaufrüstung verschiedener Stände; und 1914 kam dann der große Krieg, dem auch eine ganze Menge im Jahrzehnt 1905—15 geworden großer militärischer Neubauten (Rekrutenschießplatz in Ludwigsburg, Ulm, Ulbingen usw.) ins drohende Anlicht schaute. Wie Württemberg's Heer diesen Krieg bestand, mit hervorragenden Ruhmesblättern auf allen Kriegsschauplätzen, ist bekannt; so bekannt, wie die andere traurige Tatsache, daß diese, wie alle Ruhmesblättern unseres Heeres nach 4 1/2 Jahren aber leider doch das Verhängnis in seinem von allerhand Umständen verschuldeten Laufe nicht abwenden vermochten.

Aus Stadt und Bezirk.

Kagold, 20. März 1919.

Vom Rathaus. In der gestrigen Sitzung der vereinigten Kollegien wurde zunächst der Festlegung einiger Gehälter zugestimmt. — Der Stadt werden die Militärbaracken zum Schätzungsweil überlassen werden. In zwei sollen je drei Notwohnungen mit separatem Eingang eingerichtet werden. Der Bauanschlag beträgt 5500 M. — Ein Schreiben des Bauhandwerkervereins und zehn solcher des hiesigen Arbeiterrats riefen eine lebhafte Debatte hervor. Die Unstimmigkeiten in der Höhe der Löhne und des Baumaterials sollen, wie früher beschloßen, nachgeprüft werden. Eine vorgesch. ausw. Kommission wurde abgelehnt. Am 30. März will die Stadt den heimgekehrten Krieger eine Willkommensfeier bieten. Die vorgeschlagenen Anordnungen sowie der ausgeworfene Betrag wurden genehmigt. — Die ständige steigende Zahl der Latein- und Realhörer machen die Anstellung eines akademisch gebildeten Hilfslehrers notwendig. Die Versammlung beschloß, widerrechtlich dem Antrag zuzustimmen, solange die Schülerzahl sich nicht wesentlich vermindert oder sonstige Verhältnisse eintreten. Gleichzeitig wurde das Schulgeld der auswärtigen Schüler von 20 auf 30 M. erhöht. — Ein Gesuch der Stadtschulbehörde ersucht bei der herrschenden Teuerung, die Stundenlohn von 0,62 M. auf 0,80 M. zu erhöhen. Die Versammlung legt den Höchststundenlohn auf 0,75 M. fest. — Die Akkordlöhne der Waldarbeiter erfahren im wesentlichen eine Angleichung an die staatlichen Sätze. Die Tagelöhne der Waldarbeiter wurden wesentlich geändert. Der Höchststundenlohn beträgt nunmehr 0,85 M.

Zur Einkommenbesteuerung. Das württ. Finanzministerium schreibt: Im Neuen Tagelohn ist mit Bezugs auf die Teuerungszulagen der Beamten die Frage aufgeworfen worden, welche Beträge als Dienstinkommen die Beamten auf 1. April 1919 in ihre Steuererklärung anzunehmen haben. Hierzu kann, wie schon bei früheren Festsetzungsterminen, so auch jetzt wieder darauf hingewiesen werden, daß nur die aus Anlaß des Krieges usw. gewährten fortlaufenden Teuerungszulagen als sog. künftige Bezüge der Einkommenbesteuerung unterliegen. Dagegen werden die außerordentlichen einmaligen Beihilfen, und demgemäß auch die beiden im September und Dezember 1918 erteilten einmaligen Kriegszulagen nicht zur Einkommensteuer beigezogen; diese sind deshalb auch nicht in die Steuererklärung mitanzunehmen.

Die Schwurgerichtssitzungen des 2. Quartalsjahres 1919 in Ulbingen sind, laut Verfügung des Oberlandesgerichts, am Montag den 28. April 1919, vorm. 9 Uhr, zu eröffnen. Zum Vorsitzenden wurde ernannt Landgerichtsdirektor Dr. Kapf.

Tierseuchen in Württemberg. Nach den amtlichen Berichten vom 15. März herrscht die Maul- und Klauenseuche in 27 Gehöften, die sich auf 4 Oberämter verteilen. Am 28. Februar waren es 15 Gehöfte bzw. 5 Oberämter. Die Schweineseuche und Schweinepest ist erloschen. Von der Tollwut ist im Oberamt Ellwangen ein Gehöft befallen, von der Rog im Oberamt Oberndorf und Ruitingen je ein Gehöft. Die Pferdeäude ist in 380 Gehöften festgesetzt, die sich auf 50 Oberämter verteilen, die Schäpäude in 38 Gehöften, bzw. 9 Oberämtern. Außerdem haben zahlreiche ansehungsverdächtige Pferde in verschiedenen Oberamtsbezirken.

Neue Briefmarken. Seit einigen Tagen sind die neuen Briefmarkenwerte im Verkehr aufzutreten, eine 35 Pfennig-Markte in braun und eine 75 Pfennig-Markte in schwarz und grün; auch neue 2 Pfennig-Markten werden ausgegeben zur Ergänzung der 3 Pfennig-Markten für Druckfachen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Calw. In einer Abschiedsfeier für den am 1. April aus seinem hiesigen Amte schiedenden katholischen Stadtpfarrer Heberle waren als Vertreter der staatlichen und kirchlichen Behörden erschienen: Dekan Zeller, Oberamtmann Ode, Rektor Dr. Knobel und Stadtschulh. Öhmer. Kirchenmusikmeister Niedinger überreichte dem Scheidenden als äußeres Zeichen der Dankbarkeit der Mitglieder der Pfarrgemeinde für 16 jährige erfolgreiche freiwillige Tätigkeit eines goldenen Upr mit Widmung. Derselbere Müller sprach den Dank der Gemeindeglieder aus. Als

Vorstand des hiesigen Realprogymnasiums und der Realschule widmete Rektor Dr. Knobel dem Scheidenden herzliche Dankesworte für seine Tätigkeit an dieser Schule. Die Verwaltung des Bezirkskrankenhauses und die Soldaten die dort gepflegt wurden, sprach Oberamtmann Ode. Im Namen der Stadtgemeinde Calw sprach Stadtschulh. Öhmer. Dekan Zeller würdigte als Vertreter der evang. Kirchengemeinde die umfangreiche Tätigkeit des Geistlichen einer Diasporagemeinde wie die kath. Kirchengemeinde es hier ist. Stadtpfarrer Heberle dankte herzlich und versprach, die Calwer auch in Eilenbach nicht zu vergessen.

Stuttgart. Eine in Cannstatt gehaltene Versammlung des Deutschen Verkehrspersonalverbandes nahm eine Entschloßung einstimmig an, in der sie ausdrückt, daß insbesondere der Präsident der Generaldirektion der Staats-eisenbahnen, Staatsrat v. Sicker, der Oberbaurat Mittel und der Finanzrat Galer das Vertrauen des Personals nicht genießen und in der sie weiter erwartet, daß die Kaufmann dieser Beamten gegenüber ungeschicklich und rücksichtslos gezogen werden.

Stuttgart. Gegenwärtig lagen hier im Gewerkschaftshaus die Arbeiter und Bauernmänner Württembergs. Haben bis jetzt die Beratungen einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf genommen, so ging es in der heutigen Sitzung ziemlich lebhaft her als von den Unabhängigen in einem Antrag die Freilassung ihrer Führer Kitz, Mühlberg, Höhrle usw. aus der Gefangenschaft verlangt wurde. Die Unabhängigen verlangten eine sofortige Beschloßfassung in dieser Angelegenheit. Die Mehrheit der Versammlung stimmte jedoch, wie das Neue Tagelohn berichtet, dem Antrag nicht zu, worauf die Unabhängigen demonstrativ den Saal verließen, während sich auf der Tribüne und in den Saalenden großes Geschrei und tumultuöser Lärm erhob. Während die Unabhängigen hinausgingen, drangen plötzlich Leute in den Saal ein und bereiteten durch unaufrichtiges Schreien die Fortsetzungen der Beratungen. Es wurde daraufhin ein Antrag angenommen, die Tagung sofort abbrechen und mit den Verhandlungen nachmittags 2 Uhr fortzufahren. Die den Saal verlassenden Rätemitglieder wurde von den Räteführern durch Schimpfworte und Tätlichkeiten beleidigt. In einer Ecke des Saals hatte sich eine Schlägerei entwickelt, bei der Stuhlbeine und ähnliche Instrumente angewandt wurden.

Stuttgart. Eine in Stuttgart gehaltene Tagung des freigewerkschaftlichen Verbands des Deutschen Verkehrspersonals, in der Sekretär Roth über die Stellung der Beamten in der neuen Zeit sprach und die Forderung des Koalitions- und Streikrechts für die Beamten vertret, nahm eine Entschloßung an, in der sie für die Beamtenchaft ein geschloßtes festgelegtes Recht, das unter Beibehaltung des öffentlich rechtlichen Verhältnisses die feste Anstellung, die Pensionsberechtigung und die Hinterbliebenenfürsorge sichert, verlangt. Für die Arbeiter werden Fortschritt und der Ausbau der Arbeiterpensionskasse als Vorbild für die Privatindustrie gefordert. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Ansehlichen des Verkehrs-dapariemais muß ausreichend sichergestellt werden. Als Staatsbürger nehmen die Beamten und Arbeiter des Staates alle staatsbürgerlichen Freiheiten, insbesondere auch das freie und ungeschloßte Koalitionsrecht in Anspruch.

Worzhelm. Drei Beateismannschaften eines Transportes von 10000 Paar Schulschuhen, der von Ludwigsburg nach Worzhelm gebracht wurde, wurden auf dem hiesigen Bahnhof festgenommen. Sie hatten den Transport unterwegs beraubt.

Letzte Nachrichten.

Einer Neutermeldung zufolge erklärte Churchill dem Unterhaufe, es sei unmöglich, zu sagen, wie lange die deutsche Armeen am Rhein stehen müsse, um einen Druck auf die deutsche Politik auszuüben.

Zur Frage der Rüstungsbeschränkungen Deutschlands schreibt das „Journal“: Deutschland werde nur noch Geschütze von 51 mm haben dürfen. Die Verwendung von Tanks und giftigen Gasen wird verboten. Kriegsakademien werden gleichfalls verboten, doch sollen große Manöver gestattet sein. Ferner darf Deutschland nur 6 Panzergeschütze, 5 Kreuzer, 12 Zerstörer 26 Torpedoboote und 5000 Mann Besatzung unterhalten. Die Festungen an den Küsten sollen geschloßt werden.

In der letzten Sitzung der Alliertenkonferenz wurde der Präliminarfrieden endgültig angenommen. Eine offizielle Einladung an Deutschland ist unterwegs.

Die englischen Schiffahrtslinien zeigen an, daß sie vom 1. Mai ab Transports nach deutschen Häfen übernehmen.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt, droht von den Polen in Westpreußen eine Erhebung in dem Augenblick, als die Armeen Haller in Danzig landen wird.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen sind in Polen abgebrochen worden. In den territorialen Fragen wurde eine Einigung erzielt. In den territorialen Fragen konnte man wegen der maßlosen Forderungen der Polen zu keiner Einigung gelangen.

Wutwahl. Wetter am Freitag und Samstag. Zeitweilig bewölkt, aber meist trocken, mäßig kalt.

Nur die Schriftleitung übernimmt die Verantwortung für die Redaktion. Druck u. Verlag bei W. M. Götter'schen Buchdruckerei (Hart. Götter) Kagold.



Diesigen Einkommensteuerpflichtigen, welche eine Einkommensteuererklärung nicht abgeben, bei der Steuererhebung aber Berücksichtigung ihrer

Schuldzinsen, Renten und Lasten

wünschen, haben dieselben bis spätestens 8. April ds. Js. jedoch nicht vor dem 1. April auf dem Rathaus anzumelden. Die Anmeldung hat auch dann zu erfolgen, wenn die betr. Schuldzinsen bereits im vorigen Jahr angemeldet wurden. Vordrucke sind unentgeltlich von der unterzeichneten Gemeindebehörde zu beziehen.

Die Vorkosten und Gehaltszettel werden voraussichtlich in den nächsten Tagen durch die Post zugestellt. Arbeitgeber, die keine bekommen, werden gebeten, solche auf dem Rathaus unentgeltlich abzuholen.

Im Uebrigen wird auf dem Anschlag am Rathaus verwiesen.

Nagold, den 19. März 1919.

Gemeindebehörde für die Einkommensteuer.

Ebershardt.

Langholz- und Stangen-Verkauf.

Am nächsten Freitag, den 21. März 1919, nachmittags 2 1/2 Uhr,

kommt auf dem hiesigen Rathaus im Submissionsweg zum Verkauf:



Los 1. Führt Abt. 1. Von Nr. 276 bis 394 mit 110,37 Festm., darunter 25 Stück Forchen mit 30,82 Festm.

Los 2. Von Nr. 398 bis 476 mit 47,52 Festm., darunter 6 Stück Forchen mit 3,60 Festm.

Im Anschluss hieran werden verkauft:

Führt Abt. 1 Verbauungen, nicht über 13 Meter, 43 Stück I. Klasse, 2 „ II. „

Liebhaber sind eingeladen. Ebershardt, den 17. März 1919.

Schultheißenamt.

Emmingen.

Jagd-Verpachtung.

Die Verpachtung der hiesigen Gemeindejagd von ca. 557 Hektar findet am Samstag den 22. März d. Js., nachm. 1 Uhr auf dem Rathaus im öffentlichen Ausschreibungsamt, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Unbekannte Steigerer haben sich über ihre und ihrer Väter Zahlungsfähigkeit mit Grundbesitzzeugnis neuweisen Datum auszuwirken.

Den 14. März 1919.

Gemeinderat.

Stadtgemeinde Nagold.

Brennholz-Verkauf.

Freitag 21. März aus Ditt. Hölzer, hiesige und unsere Reithölzer und hies. Hölzerhohle:

Reifig, Wellen: Laubholz geb. 1600, ungeh. aus Hausen 20; Nadelholz geb. 310, ungeh. in Flächenlosen 230, Rehend zum Selbsthauen 600.

Schlagraum: 6 Lose. Zusammenkunft 2 Uhr auf der Müllersbacher Straße beim Kohlhofers Weiselaer.

Heirats-Gesuch.

Zwei tüchtige Geschäftsmänner im Alter von 24 Jahren suchen mit jüngeren Fräulein in Beziehung zu treten zwecks späterer Heirat. Photographie erwünscht. Strenge Verschwiegenheit zugesichert.

Anträge unter A. B. an die Geschäftsstelle ds. St.

Nagold. Ein zuverlässiger

Knecht

kann sofort einreten. Bei wem? sagt die Geschäftsstelle d. St.

Suche für meinen kräftigen

Jungen

der Luft habe aus Schuhmacherhandwerk gründlich zu erlernen, bei einem tüchtigen Schuhmachermeister passende Lehrstelle.

Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. St.

Zu vermieten

schön möbliert. Doppelzimmer mit elektr. Licht, an besseren Herrn.

Näheres bei der Geschäftsstelle ds. St.

Christenlehr-Entlass-Scheine für Knaben u. Mädchen

Bonitätig bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Zur Stadtschultheißenwahl in Hatterbach.

Auf den Artikel „Beitriebs- und Schwägermischerei“ wird erwidert, daß die Anhänger jedes Kandidaten, die für denselben Stimmen schießen und sich für ihn bei der Wahl verwenden, auch wenn er gewählt wird, seine Betriebsmischerei“ grandios. Es gibt auch solche Kandidaten, welche dem seine Betriebsmischerei, die Hiers bei dessen Frau in der Küche vorprechen und den mitgebrachten Aumkorb vor dem Weggehen reichlich erleichtern. Uebrigens ist der Schwager als solcher bekannt, der nicht der Stadt- oder Armenpflege einmal zur Last fallen oder sich um ein Aemtlehen bemühen würde. Der Ortsvorsteher ist ja nicht Alleinherrscher; es gibt doch auch noch Gemeinderäte, die sich auch wieder gewählt werden, denn in sechziger Zeit ist ja den Wählern in die Hand gegeben, was sie wollen. Ich glaube, daß dem Einsender irgend ein Kandidat mehr am Herzen liegt als die Bedenken wegen einer Beitriebsmischerei.

Ich bringe bloß diese kleine Erwiderung, weil ja vier Kandidaten erklärten, daß sie mit gemeinen Mitteln keine Wahlaktion betreiben wollen.

Johannes Gutekunst, Buchbindermeister.

Bezirks-Wirtsverein Nagold.

Unsere

General-Versammlung

wird am 23. ds. nachm. 2 Uhr in Altensteig im „Grünen Baum“ abgehalten.

Tages-Ordnung:

1. Begrüßung der auswärtig. Kollegen.
2. Geschäfts- und Kassen-Bericht.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes.

Das Landesinteresse erfordert eine recht tege Beteiligung aller Berufsgeossen.

Der Ausschuss.

Jeden Donnerstag

Gesellschafts-Abend im „Löwen“.



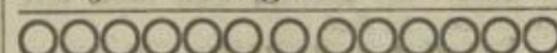
Fr. Kurlenbaur.

Nagold.

Holzverkauf.

Am Samstag, den 22. März, nachmittags 2 Uhr, kommt von Frau Deudle Witwe am Schloßberg nachstehendes Wagnitzholz gegen Verzählung zum Verkauf:

- 1 Eiche 1 3/4 m IV. Kl.
- Eichen ca. 4 1/2 m IV.-VI. Kl.
- Ulmen ca. 4 1/2 m IV.-VI. Kl.
- Alfazien ca. 5 m V. u. VI. Kl.

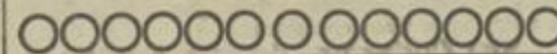


Alle Bücher

Musikalien, Lehrmittel usw.

liefert

G. W. Zaiser'sche Buchhandlung, Nagold.



Rohdorf.



Verkaufe eine 5jährige Stute (Koffspferd). Martin Wagner.

Graue Haare erb. Naturfarbe u. Jugendfrische, ohne zu färben. Seit 12 Jahr. glanz. bewährt. Näh. unentgeltl. Nordstern, Nürnberg, Wiesenstr. 143.

Ehhausen.

Einen starken bereits noch neuen zweirädrigen

Mehgerkarren

auch für Milchhändler und Bauhandwerker geeignet, sowie einen kleineren

Kochofen

hat im Auftrag zu verkaufen.

Christian Herter. Kalender bei G. W. Zaiser.

Dresdener Bank

Aktienkapital und Reserven M 340 Millionen

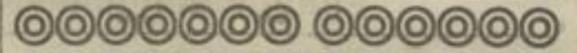
Stuttgart Cannstatt Heilbronn Ulm

Neueingänge

in sehr preiswerter:

Herren-, Jünglings-, Knaben- und Konfirmandenanzügen sowie Arbeitskleidern

schöne Auswahl, fast durchwegs Friedensware Fr. Klaiss, Schneidergeschäft, Nagold.

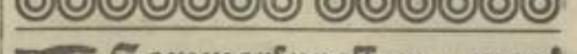


!! Künstler-Abend !!

in der „Köhlererei“ vom 15. bis 23. März.

Mitwirkende Künstler: Ludo Müller, Komiker, Norma Urban, Konzilsängerin, Fritz Carlhoff, Operettenkomiker (vom Felde zurück), Am Flügel: Wera Köhl.

Erkalteter Ausverkauf. Mäßige Eintrittspreise.



Sommersprossen - weg!

Lebensgeföhlicher teile unentgeltlich mit, auf welche einfache Weise ich meine Sommersprossen allgählich beseitigte. Frau Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a. M. 161, Schilfstr. 47.

G. W. Zaiser

BUCHHANDLUNG

Nagold Marktstrasse

Papier- und Schreibwaren

Postkartenalbum

Ansichtspostkarten aller Art

einzelu und zum Wiederverkauf.

Gesangbücher.

Nagold.



Einstellrind

hat zu verkaufen

Chr. Kienl, Schweinehändler

Gartweiler Str. Nagold.

Pferdverkauf.



Ein älteres gutes Arbeitspferd und eine

Kuh,

10 Liter Milch gebend, hat zu verkaufen

Schleich z. „Hirsch“. Telefon-Amt.

Patent-(Dötes)Briefe

in großer Auswahl billigst bei

G. W. Zaiser, Buchhandlg., Nagold.

